

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Mittlerer Schulabschluss ist ein Muss

SCHUL-MASSAKER: LANDTAGSFRAKTIONEN EINIGTEN SICH AUF EINE GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Mit einer gemeinsamen Erklärung reagierten alle drei Landtagsfraktionen auf den entsetzlichen Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium. Die Sozialdemokraten legten in den Verhandlungen dafür viel Wert darauf, dass das Kompromisspapier die notwendigen Reformen in der Thüringer Bildungspolitik unterstreicht. So enthält das Papier - es wurde im Vorfeld einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Vogel zu diesem Thema erarbeitet - eine von der SPD seit Jahren angemahnte Reform im Thüringer Schulsystem: die Einführung eines mittleren Schulabschlusses für Gymnasiasten. Mit einem Sieben-Punkte-Programm bald nach dem 26. April hatte SPD-Bildungspolitiker Döring unter anderem auf diese alte Forderung aufmerksam gemacht. Neben dem mittleren Schulabschluss geht es darin auch um Verbesserungen bei der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus.

Unmittelbar nach dem Verbrechen am 26. April im Gutenberg-Gymnasium Erfurt war eine Diskussion über mögliche Ursachen für diese Tat eines in seiner Schullaufbahn gescheiterten jungen Mannes entbrannt. „Reformen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans-Jürgen Döring, nach der Demonstration von etwa 3000 Schülern Anfang Mai in Erfurt. Ministerpräsident Vogel hatte auf die geplante Novellierung des Schulgesetzes verwiesen, schnelle Änderungen jedoch abgelehnt.

SPD-Bildungspolitiker Döring kündigte zu folgenden SPD-Vorschlägen parlamentarische Initiativen an:



Tausende Erfurter Schüler demonstrierten nach dem Massaker am Gutenberg-Gymnasium für rasche Veränderungen in der Thüringer Bildungspolitik.

Erstens: Damit Gymnasiasten nach misslungener Abitur-Prüfung nicht ohne jeglichen Schulabschluss dastehen, soll ihnen entweder bei der Versetzung in die 12. Klasse ein dem Realschulabschluss gleichgestellter mittlerer Schulabschluss zuerkannt werden. Eine andere Möglichkeit wäre, dass Gymnasiasten in der 10. Klasse mit einer auf sie zugeschnittenen Prüfung den Realschulabschluss ablegen können. Zweitens: Dass trotz der Volljährigkeit von Schülern Informationen der Schule an die Eltern erfolgen, soll nach einer Klärung der Vorgehensweise in den übrigen Bundesländern ermöglicht werden. Drittens: Die SPD-Fraktion fordert erneut ein Personalentwicklungskonzept und will den von der Landesregierung geplanten Stellenabbau reduzieren. Nur so kann ein Stundendeputat für dringend notwen-

dige Beratungs- und Betreuungsaufgaben der Lehrer ermöglicht werden. Zudem soll es in den Schulen künftig verstärkt Angebote am Nachmittag geben - wie Hilfe bei den Hausaufgaben, Arbeitsgemeinschaften usw.

Viertens: Mit ihrer Personalpolitik soll die Landesregierung den Lehrern Perspektiven geben und nicht wie bisher für Verunsicherung und damit Demotivation sorgen. Für die Weiterbildung von Lehrern soll ein Gesamtkonzept erstellt

werden, das Fortbildungsangebote - zusätzliche pädagogische und schulpsychologische Qualifikationen - verbindlich vorschreibt.

Fünftens: Die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule soll verbessert werden. Beispielhaft dafür ist eine Regionalisierung und Dezentralisierung des bereits bestehenden Projektes Elternakademie. Zudem sollen Elternbesuche durch die Lehrer verbindlich werden.

Sechstens: Die Sozialarbeit an Schulen soll ausgebaut werden. Dafür muss vom Land an den Schulen ein Stellenpool eingerichtet werden.

Siebten: Schülervertretungen als Teil der Schulgemeinschaften müssen in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Das Seminarangebot für Schülervertreter soll flächendeckend erfolgen.

AKTUELL

Wie geht es weiter mit dem Medienstandort Thüringen?

Seite 4

EINBLICK

Petra Heß ist für Menschen da, nicht nur als Politikerin.

Seite 3



SPD
THÜRINGEN
LANDTAGSFRAKTION

SPD-Fraktion macht Bildung zum Thema

TAG DER OFFENEN TÜR IM LANDTAG: PISA IM SELBSTVERSUCH UND LESECLOWN LOCKEN

PISA, das schlechte Abschneiden der Deutschen bei dem Wissenstest und der Zustand des Thüringer Bildungswesens stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt des Programms der SPD-Fraktion zum Tag der offenen Tür am 15. Juni im Landtag. Prominente und kompetente Gäste werden eine Diskussionsrunde zum Thema „PISA - Chance oder Schande“ bestreiten. Neben Vertretern der GEW, Schülersprechern und Elternvertretern wird Thüringens 1. SPD-Mann, Christoph Matschie, im Podium sitzen. Wer es nicht beim Diskutieren belassen will, kann sich im Anschluss an die Runde einem Praxistest unterziehen - bei „PISA für jedermann“ können Interessierte jeden Alters ihre Intelligenz bzw. das Verfallsdatum des Schulwissens te-



Neben Spiel und Spaß will die SPD-Fraktion das Thema Bildungspolitik in den Mittelpunkt des diesjährigen Landtagsfestes stellen. Foto: Fraktion

ihres Angebotes. Wer bis dahin noch keine Lust hat, in dem einen oder anderen Buch zu blättern, der wird vielleicht von einem Leseclown animiert dies zu tun. Köpfchen ist auch beim Programm der Jugendtheatergruppe „Drei K“ aus Mühlhausen gefragt. „Rate mal - Denk mal“ heißt ein Quiz, das den Darstellern neben schauspielerischem Talent auch ein gewisses sportliches Können abverlangt. Kompetente Kinderbetreuung, gepaart mit politischem Sachverstand bietet etwa zur selben Zeit SPD-Fraktionsvorsitzender Heiko Gentzel in seinem Büro. „Kinder im Gespräch mit Politikern“ lautet das Motto des Nachmittags, bei dem die Kleinen dem thüringischem Spitzenpolitiker ein Loch in den Bauch fragen dürfen. Weitere Höhepunkte des nachmittäglichen Programms: Autogrammstunde mit Olympioniken und der Auftritt der Erfurter Band „Acoustica“. Herzlich willkommen!

sten. Es handelt sich übrigens um „echte“ PISA-Aufgaben... Weil Bildung ohne das Lesen undenkbar ist, schließt sich auch die Kinder- und Jugendbibliothek Erfurt dem Motto des Nachmittags an und stellt das Thema Lesen in den Mittelpunkt ihrer Präsentation. Sie bietet einen kleinen Ausschnitt

Halbzeit. Eine Bilanz.

Eine Bilanz ihrer Arbeit in der ersten Halbzeit der dritten Wahlperiode legte jetzt die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag vor. Unter verschiedensten Stichworten - wie Bürgerbeteiligung, Schul- und Bildungspolitik, Haushalt oder Abfallpolitik - finden interessierte Leser alles über den Standpunkt und die parlamentarischen Initiativen der Abgeordneten. Dazu zählen die fünf Gesetzentwürfe, die der SPD-Arbeitskreis Innen, Justiz, Kommunales und Wohnen allein im Jahr 2001 auf den Weg brachte - zum Beispiel das Gesetz zur Entwicklung direkter Demokratie im Sinne der Initiative „Mehr Demokratie für Thüringen“ e. V., das Informationsfreiheitsgesetz, eine Novellierung der Thüringer Kommunalordnung, das Thüringer Richtergesetz und das Verfassungsschutzgesetz. Wer Details nachlesen möchte, kann dies auf unserer Homepage (www.spd-thl.de) tun. Das Heftchen kann aber auch kostenlos in der Pressestelle bestellt werden, Telefon: 0361/377 2365.



SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Im Arbeitskreis Innen, Justiz, Kommunales und Wohnen besetzen wir zum 01. September 2002 die Stelle einer/eines

Referentin/en

Dabei denken wir vorzugsweise an eine/einen Mitarbeiterin/ Mitarbeiter mit Erfahrungen in folgenden Bereichen:

Kommunales, Wohnen, Städtebau

Voraussetzung für die Einstellung sind ein abgeschlossenes Fachhochschul- oder Hochschulstudium sowie einschlägige praktische Erfahrungen.

Wir erwarten eine hohe Einsatzbereitschaft und Kollegialität in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion.

Ihre Aufgabe wird vor allem sein, die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zu unterstützen und ihre Zielstellungen zu vertreten.

Wir bieten eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die nach einer Anfangsvergütung der Gruppe IIb des BAT-Ost vergütet wird.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum 30. Juni 2002 an die

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Frau Heider
Arnstädter Straße 51 in 99096 Erfurt
Tel. 03 61 / 3 77 23 36

www.spd-thl.de

Dürfen es ein paar Gäste mehr sein?

PETRA HEß LIEBT EIN VOLLES HAUS - PROMINENTESTE BESUCHERIN WAR REGINE HILDEBRANDT

„Eine gute Gastgeberin muss auch sagen können, wann es reicht.“ So viel Selbstbewusstsein und Offenheit sind die Erfolgsrezepte für Petra Heß, in der SPD-Fraktion zuständig für Gesundheitsfragen und im Privatleben Gastgeberin aus Passion. „Der Mensch zählt“, lautet das Motto, mit dem sie derzeit im Bundestagswahlkampf von sich Reden macht - mit Menschen und deren Geschichten umgibt sich die Politikerin auch in ihrer knappen



Im vergangenen Jahr besuchte Regine Hildebrandt als Mitglied des SPD-Bundesvorstandes die SPD-Abgeordnete Petra Heß aus Crawinkel. Foto: Privat

Freizeit. Stellt die 43-Jährige ihre Gästelisten bei anstehenden Feierlichkeiten zusammen, dann machen ihr Zahlen ab 15 aufwärts nicht etwa Angst. Im Gegenteil: Je mehr Gäste, desto lustiger der Abend. Sei es beim jährlichen Treffen ihrer Saunagruppe im Heß'schen Garten (20 Gäste) oder beim alle fünf Jahre stattfindenden großen Schwabe-Familientreffen im heimatlichen Crawinkel. Mindestens 40 Einladungen verschickt Petra Heß im Vorfeld des Festes, dessen Name auf eine von allen geliebte Großmutter zurückgeht. Kurz nach deren Tod, Ende der 80-er Jahre, hatte Petra Heß beschlossen, die Erinnerung an die alte Dame mit einem regelmäßig stattfindenden Familientreffen wach zu halten. Und somit dafür zu sorgen, dass die große und in ganz Deutschland verstreute Sippe Kontakt zueinander hält. Petra Heß selbst lädt die Gäste ein und organisiert Unterkünfte und Verpflegung in Crawinkel.

Auch sonst liebt die Mutter eines erwachsenen Sohnes die Geselligkeit. Geburtstagsfeiern, private Feste, Grillpartys und Faschingsfeten: Knallende Sektkorken, Musik und plaudernde Gäste steigern das Wohlbefinden der kommunikativen Berufspolitikerin ganz ungemein. Besonders gerne erinnert sie sich an sehr viel leiseren, deshalb aber umso aufregende-

ren Abend zurück: an den Besuch der viel zu früh gestorbenen Regine Hildebrandt, bei ihr Zuhause, in Crawinkel. Obwohl schon sehr krank, ließ es sich Hildebrandt nicht nehmen, am Rande einer Wahlkampftour im Heß'schen Gästezimmer zu übernachten statt im Hotel. „Wir haben lange und intensiv geredet an diesem Abend“, erinnert sich Heß, „irgendwie waren wir uns nahe, obwohl unser Kontakt bis dahin eher locker war.“

Wäre Petra Heß noch einmal jung, dann würde sie sich einem Hobby mit Sicherheit sehr intensiv widmen: dem Musizieren. „Das hab ich leider verpasst“, sagt die ausgebildete Kindergärtnerin, und bedauert, dass es bei ein paar kümmerlichen Griffen auf der Gitarre geblieben ist. Das Musikalische liegt übrigens in der Familie: Ehemann Wigand spielt Gitarre und Flügelhorn, Sohn Christian Schlagzeug. Fürs Erste belässt es Petra Heß beim Singen. Besonders gern singt sie Kirchenlieder - ein Überbleibsel aus ihrer frühen Kindheit, als sie regelmäßig mit ihrer Oma den Gottesdienst besuchte. „Irgendwann, wenn ich einmal alt bin, will ich in einem Volks- oder Kirchenchor singen“, sagt Heß fast ein wenig andächtig. Altwerden und Kirchenchor? Beides will man Petra Heß nicht so recht annehmen.

Gewaltspiele verbieten

Ich weigere mich zu verstehen, dass es richtig sein soll, dass junge Menschen heute in den elektronischen Medien mit soviel Gewalt konfrontiert werden. So etwas hat nach meiner Meinung immer Einfluss auf Jugendliche, auf ihre Seelen. Ich bin erschüttert, dass sich nur drei Wochen nach der schrecklichen Tat am Erfurter Gutenberg-Gymnasium, sechzig Jugendliche in Erfurt treffen dürfen, um ihre Computer zu vernetzen und sich auf einer sogenannten LAN-Party über das Videospiel „Counter-Strike“ zu bekämpfen.

Nach Aussage des Organizers haben viele Spieler in ihren Spielmodi Blut und Waffen ausgeblendet. Diese Grafik, so sagte er, irritiere beim Spielen. Dieser - vielleicht ungewollte - Zynismus ist für mich kaum noch zu ertragen. Haben wir so wenig dazugelernt?

Die Diskussion über ein mögliches Verbot dieses Computerspiels nervt mich. Ich brauche keine unmittelbaren wissenschaftlichen Beweise für den direkten Zusammenhang zwischen der schrecklichen Tat und der Darstellung von Gewalt in den Medien.

Im Übrigen gibt es nach dem Strafgesetzbuch die Möglichkeit, diejenigen Produzenten zu verfolgen, die gewaltverherrlichende Medien herstellen und zugänglich machen. Ich weiß keinen Grund, warum Videos existieren, hergestellt und vertrieben werden, in denen Menschen auf brutalste Art und Weise ermordet, gar zerstückelt werden. Die strafgesetzlichen Möglichkeiten zum Verbot und zur Ahndung dieser Filme werden meines Erachtens in unverantwortlicher Weise nicht genutzt.

Heiko Gentzel
Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM www.spd-inform.de

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de. **V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer. **Layout/ Satz:** malewski. **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt.

Redaktionsschluss: 30.05.2002

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!

Medienindustrie fördern

Thüringen hat seinen guten Startplatz beim Wettlauf der deutschen Medienstandorte kaum genutzt, so Werner Pidde, der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, im letzten Plenum. Auszüge aus seiner Rede:

Wer eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung für Thüringen will, wer dem Land ein Maximum an Zukunftschancen sichern will, der kommt an der Medienindustrie nicht vorbei. Nicht umsonst ist zwischen



Dr. Werner Pidde

den Bundesländern seit Jahren ein vehementer Wettlauf um die Ansiedlung von Medienunternehmen und um die Schaffung von attraktiven Medienstandorten im Gange. Wo aber steht Thüringen in diesem Wettbewerb? Thüringen liegt im Ländervergleich auf dem letzten Platz. Im engeren Medienbereich, also im Film- und Rundfunksektor, haben wir in Thüringen kaum mehr als 300 Arbeitsplätze, in den letzten vier Jahren sind bei uns mit Hilfe der Mitteldeutschen Medienförderung gerade einmal 15 Medienfirmen neu angesiedelt worden.

Der Kinderkanal, das einzige öffentlich-rechtliche überregionale Programm, das in den neuen Ländern produziert und von hier ausgestrahlt wird, ist ein Geschenk des Himmels. Dazu kommt das Landesfunkhaus des MDR in Erfurt. So verfügte Thüringen eigentlich über gute medienwirtschaftliche Startbedingungen.

Diese werden von der Landesregierung aber bei weitem nicht ausreichend genutzt. Der Anteil von Eigenproduktionen für den Kinderkanal ist beispielsweise noch viel zu gering. Hier muss endlich eine gezielte Förderungspolitik betrieben werden, um Thüringen als Standort für medienproduzierende Unternehmen attraktiver zu

machen. Nur so ist die dringend notwendige Ansiedlung weiterer Produktionsfirmen machbar. Wenn Thüringen wirklich das Profil eines „Kindermedienlandes“ bekommen soll, dann muss der Kinderkanal zum Kern einer sich um ihn gruppierenden, wachstumsorientierten und zukunftssicheren Medienproduktionslandschaft werden. Die Landesmedienanstalt gehört in Sichtweite von Kinderkanal und MDR, aber nicht in die verträumte Provinz.

Diese medienpolitischen Weichenstellungen müssen schnell geschehen, sonst verlieren wir gegenüber den anderen Bundesländern immer weiter an Boden. Das wird besonders bei einem Blick auf Sachsen deutlich, einem anderen ebenfalls am MDR beteiligten Land. Allein in Leipzig gibt es 1.500 Medienunternehmen. Sie erwirtschafteten im Jahr 2000 mit 40.200 Beschäftigten einen Umsatz von 6,12 Milliarden DM. Jeder siebte Beschäftigte in Leipzig ist heute im Medienbereich tätig. Auch in Sachsen-Anhalt wären die Wirtschaftsdaten ohne die Medien sehr viel schlechter.

Warum ist eine derartige Entwicklung in Leipzig möglich, nicht aber in Thüringen? Die Antwort liegt nahe. In Leipzig wird seitens der Landesregierung mit großer Energie eine zielgerichtete Ansiedlungs- und Förderungspolitik im Medienbereich betrieben. In Thüringen dagegen verfährt der zuständige Minister nach dem bei ihm schon aus der Bildungspolitik hinlänglich bekannten Motto „Abwarten, Zögern und Zaudern“. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb von der Landesregierung, mit einer gezielten Ansiedlungs- und Förderungspolitik endlich die Attraktivität Thüringens für die Medienwirtschaft zu erhöhen.

Ja, ich möchte mir das Magazin *inform* kostenlos zuschicken lassen.

Diesen Coupon bitte ausschneiden und ausgefüllt senden an:

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
 Pressestelle
 Arnstädter Straße 51
 99096 Erfurt

Absender

Name:
 ggf. Institution:
 Anschrift:
 Telefon:
 Telefax:
 E-Mail:

oder schreiben Sie uns eine e-Mail:
abo@spd-inform.de

weitere Informationsmaterialien der SPD-Landtagsfraktion finden Sie unter:
www.spd-thl.de

Rotlicht-Skandal birgt Sicherheitsrisiko

Ein konsequentes Vorgehen bei der Aufklärung der Rotlicht-Affäre bei der Polizei forderte SPD-Innenpolitiker Günter Pohl von Innenminister Köckert (CDU). „Der Sumpf muss trockengelegt werden“, erneuerte Pohl seine Forderung nach einer raschen Aufklärung der Vorwürfe. Die Suhler Tageszeitung „Freies Wort“ hatte erst kürzlich erneut über die Verwicklungen eines Polizeibeamten ins Rotlichtmilieu berichtet. Der ins Zwielflicht geratene Polizeibeamte habe enge Kontakte in höchste Polizeikreise und nutze seine Insiderkenntnisse für Aktivitä-

ten im Milieu. Zudem betreibe Innenminister Köckert „eine katastrophale Personalpolitik im Polizeiressort“. „Der Skandal weitet sich aus und birgt offenbar ein Sicherheitsrisiko für Thüringen“, sagte der SPD-Innenpolitiker.

Zugrunde liegt dem Bericht ein anonymer Brief von „ehrlichen Polizeibeamten“, der der Suhler Zeitung kurz nach einem ersten Bericht über die Affäre anonym zugeschickt worden war. Er enthält Details über die Vorkommnisse und richtet schwere Vorwürfe gegen Innenminister Köckert.

NA SOWAS

Rosemarie Bechthum im „Spiegel“

Da staunte der Leser nicht schlecht: Freut sich der gelernte Medienmensch schon ob der Tatsache, dass er überhaupt in Deutschlands wichtigstem Politmagazin „Der Spiegel“ Erwähnung findet (und sei es ein Verriss), so hat SPD-Politikerin Rosemarie Bechthum allemal Grund zur Freude. In einer der letzten Ausgaben lobt „Spiegel“-Gerichtsreporterin Gisela Friedrichsen in einem Artikel über die Gerichtsverhandlung gegen eine Schülerin aus Weimar die engagierte Sozialpolitikerin namentlich. Zitat: „An allen Verhandlungstagen saß eine Abgeordnete des thüringischen Landtags im Gerichtssaal, Rosemarie Bechthum von der SPD. Sie wolle nicht groß daherreden wie zahlreiche Politiker, sagt sie. Sondern sie wolle wissen, wie zu helfen sei.“

GESPRÄCHSREIHE BILDUNG21
 „Bildung im 21. Jahrhundert - neue Herausforderungen“
 mit Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn
 Dienstag, den 18. Juni um 19 Uhr
 Kunsthalle Erfurt „Haus zum Roten Ochsen“
www.bildung21.de